

— (Unsere politische und wirtschaftliche Zukunft.) In der Politischen Gesellschaft hielt gestern Generaldirektor Dr. Georg Sünther einen Vortrag über unsere politische und wirtschaftliche Zukunft, in dem er sich vorerst mit dem gänzlichen Zusammenbruch unserer Produktion befaßte und die zwei wichtigsten Ursachen dieser Erscheinung anführte, und zwar: 1. die allgemeine Arbeitsunlust und 2. zum Teil als Folge der ersteren der Mangel an Rohstoffen und insbesondere an Kohle, unter dem alle mitteleuropäischen Staaten in furchtbarer Weise leiden. Die Unlust zur Arbeit sei eine natürliche Folge des langen Krieges und des Umsturzes, der die soziale Bewegung außerordentlich angefaßt, das Selbstgefühl der Arbeiter maßlos gesteigert habe, so daß sie sich heute als Herren der Situation fühlen. Es sei selbstverständlich, daß der Staat unter den bestehenden Verhältnissen den Arbeitslosen Unterstützungen gewähren müsse. Leider aber sei die Praxis für die Gewährung solcher Unterstützungen eine verfehlte. Das Gesetz werde dahin gehandhabt, daß die Unterstützung allen jenen gegeben werde, die keine „entsprechende“ Arbeit finden, wobei das „entsprechend“ sehr engherzig, das heißt dahin gedeutet werde, daß ein Arbeiter unterstützungspflichtig sei, wenn er keine Arbeit findet, die seiner Friedensverwendung vollkommen entspräche. Daher weigern sich die Arbeiter, Arbeit zu leisten, die sie, wenn auch nach einiger Eingewöhnung und Schulung, mit Rücksicht auf ihre physischen Kräfte leisten könnten. Abhilfe gegen die geschilderten Uebel sei neben einer fortgesetzten und systematischen Aufklärungsarbeit, die, wie gerechterweise zugegeben werden muß, auch die besonnenen Führer der Arbeiter betreiben, nur durch eine autoritative Staatsgewalt möglich. Auch die Republik, die wir erhalten wollen, könne einer solchen Staatsgewalt nicht entzogen werden. Die heute so ungestüm verlangte Sozialisierung der Betriebe wäre gerade in der Zeit, in der intensivste Produktion verlangt werden muß, ein volkswirtschaftliches

Unglück. Redner führt aus, daß sämtliche im Gebiete der ehemaligen Königreiche und Länder gelegenen Industriegesellschaften, deren Aktien an der Wiener Börse kotiert waren, im Hochkonjunkturjahre 1912 ein Reinertragnis von nur 114 Millionen Kronen an ihre Aktionäre verteilt haben. Selbst wenn dieser Reingewinn zur Gänze an die Arbeiter zur Verteilung gelangen würde, käme auf einen Arbeiter einen Betrag von ungefähr R. 300 bis R. 350 pro Jahr bei einem heute erzielten Verdienste von R. 4000 bis R. 5000. Da aber die Enteignung in letzter Linie eine Hinkenlast für den Verteilung gelangende Gewinnanteil gewiß nur ein kleiner Bruchteil des erwähnten Betrages sein. Die Gewinne aber etwa durch Monopolisierung der Fabrikation zu erhöhen, sei nur möglich, wenn die Sozialisierung in der ganzen Welt gleichzeitig erfolge, oder aber Monopolabgaben zu leisten wären, die auch bei Fortbestand des heutigen Systems ebenso gut erhoben werden könnten. Daraus geht hervor, wie irrig die Annahme sei, daß im Wege der Sozialisierung dem Arbeiter oder dem Staate wesentliche Beträge zufallen könnten. Die Erhöhung der Gesehungskosten im Falle der Vergesellschaftung würde die bisherigen Gewinne weit übersteigen. Dagegen trat Redner für liberalste soziale Fürsorge ein. Redner erörtert sodann die Frage, in welche politische und wirtschaftliche Kombinationen Deutschösterreich, das allein zu schwach sei, eintreten solle, und spricht sich für einen Zusammenschluß der Sukzessionsstaaten aus.